

Verbraucher vermissen lebensnahen Schulunterricht

Sendefähiger Audiobeitrag zur verbraucherpolitischen Veranstaltung des vzbv am 21. November 2016

Wie Schulunterricht besser auf das Leben vorbereiten kann – das diskutieren Expertinnen und Experten am 21. November 2016 auf der Fachtagung Verbraucherbildung des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) in Berlin. 70 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher sehen hier Handlungsbedarf. Das zeigt eine repräsentative Befragung von Emnid im Auftrag des vzbv. Der vzbv fordert, Verbraucherbildung prüfungsrelevant in die Lehrpläne aufzunehmen.

Link zu weiterführenden Informationen auf vzbv.de:

<http://www.vzbv.de/pressemitteilung/verbraucher-vermissen-lebensnahen-schulunterricht>

O-Töne von

- **Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)**
- **Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg**
- **Prof. Dr. Ulf Schrader, Technische Universität Berlin**
- **Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft**

Das Berechnen einer Pyramide kann durchaus zum Schulunterricht gehören. Das Berechnen eines Versicherungsvertrages ist zwar lebensnäher, kommt aber im Unterricht seltener vor. Doch der Schulunterricht sollte Kinder und Jugendliche auch auf eine immer komplexer werdende Konsumwelt vorbereiten, so Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv):

O-Ton 1: Klaus Müller

0:29 min

Man kann heutzutage junge Menschen nicht mehr auf den Alltag, auf die normale Welt loslassen, ohne ihnen ein paar Handwerksgriffe mitzugeben. Dazu gehört die Frage, wie ich richtig mit meinem Geld umgehe. Was bedeuten Verträge? Was mache ich, wenn ich wissen möchte, wie ich mich gesund ernähre? Oder aber auch die Frage nach digitaler Kompetenz, Stichwort Urheberrecht. Was darf ich im Internet und was nicht? Und auch Nachhaltigkeitsthemen sind für viele junge Menschen ein ganz ganz wichtiges Anliegen.

Um herauszufinden, wie die Bevölkerung in Deutschland über Verbraucherthemen im Schulunterricht denkt, hat der vzbv eine repräsentative Befragung in Auftrag gegeben.

Das Ergebnis: 70 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Verbraucherthemen im Schulunterricht zu kurz kommen. Sogar über 90 Prozent sagen, dass die Alltagskompetenz junger Menschen in den Schulen durch Verbraucherbildung gestärkt werden sollte, so Klaus Müller:

O-Ton 2: Klaus Müller

0:26 min

95 Prozent der Menschen sagen, sie wünschen sich Verbraucherbildungsinhalte in den Schulen zu den Themen Ernährung und Gesundheit. Bei Finanzen und Versicherungen sind es mit 92 Prozent nicht viel weniger und besonders liegt Verbrauchern auch das Thema Umweltschutz am Herzen: 93 Prozent der Menschen sagen, ihnen sind Umweltschutz und faire Handelsthemen wichtig im Unterricht.

Bereits 2013 wurden von der Kultusministerkonferenz die Grundlagen dafür gelegt, dass Verbraucherbildung in allen Schulformen verbindlich wird. Viele Bundesländer haben mit der Umsetzung begonnen, die Ansätze sind jedoch unterschiedlich. In Hamburg hat man sich entschieden, die Verbraucherbildung in verschiedene Schulfächer zu integrieren, erklärt Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz in Hamburg:

O-Ton 3: Cornelia Prüfer-Storcks

0:29 min

Verbraucherbildung ist ja sehr weit. Es geht um gesunde Ernährung, Körperkompetenz, es geht um die Frage, wie vermeide ich schon als 14-jähriger Schulden zu machen, wie gehe ich mit neuen Medien um, bis hin zu Fragen nachhaltigen Konsums, sozialer Gerechtigkeit und so weiter. In Hamburg wird das aber auf verbindliche Art und Weise mit Rahmenplänen, mit Lehrplänen systematisch in die verschiedenen Schulfächer integriert.

In den Berliner Gymnasien wird ähnlich verfahren. In anderen Schulstufen Berlins gibt es das so genannte Leitfach "Wirtschaft, Arbeit, Technik", in dem auch Verbraucherbildung stattfindet. Ulf Schrader von der Technischen Universität Berlin, der am Berliner Rahmenlehrplan mitgearbeitet hat, weiß, dass es schwierig ist Verbraucherbildung in die Schulen zu bringen:

O-Ton 4: Ulf Schrader

0:28 min

Wir sind sehr froh, dass wir es im Fach "Wirtschaft, Arbeit, Technik" geschafft haben, zum nächsten Schuljahr, wenn der neue Rahmenlehrplan in Kraft tritt, die Module für Ernährungs- und Verbraucherbildung verpflichtend für alle zu machen. Wir wissen aber auch, dass in der Schulrealität oft im Schnitt nur eine Stunde Wirtschaft, Arbeit, Technik unterrichtet wird und da ist die technische Bildung auch noch mit drin, die Berufsorientierung mit drin, und in der Praxis bleibt es dann oft bei der Berufsorientierung stehen. Also dass es in den Rahmenlehrplänen steht, heißt noch nicht, dass es in den Schulen auch wirklich ankommt, und da müssten wir glaube ich ansetzen.

Ob die Verbraucherbildung nun in einem oder mehreren Fächern gelehrt wird, ist für Klaus Müller vom vzbv unerheblich. Wichtig ist ihm, dass sie in den Schulen tatsächlich umgesetzt wird, prüfungsrelevant ist und bundesweit in den Lehrplänen verankert wird:

O-Ton 5: Klaus Müller

0:11 min

Über die Frage, wie man Verbraucherbildung am besten implementiert, gibt es schon einen jahrelangen Streit. Was wir jetzt dringend brauchen, ist eine verbindliche Umsetzung in allen Bundesländern und auch eine Überprüfung, ob es wirklich was gebracht hat.

Eine solche Überprüfung der Alltagskompetenzen von Schülern könnte ähnlich wie der PISA-Test ablaufen und würde der Verbraucherbildung eine große Dynamik verleihen, so Klaus Müller weiter. Unterstützung erhält er in diesem Punkt unter anderem auch vom Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt:

O-Ton 6: Christian Schmidt

0:26 min

Mag sein, dass Sprach- und Mathematikkenntnisse, natürlich leichter verglichen werden können, weil sie leichter zu graduieren sind, aber ich meine, wir müssen uns in diesem Bereich über die Grundlagenermittlung dem Thema nähern, und deswegen ist meine zuständigkeitslose Anregung, sich mit dem Thema solcher Ermittlungen zu beschäftigen.

Doch wie der Bundesminister schon andeutet, ist die Bildungspolitik in Deutschland Ländersache. Einer Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern steht das so genannte Kooperationsverbot entgegen. Doch genau die bräuchte es, so Klaus Müller vom vzbv, um mehr Konsumkompetenz in der Schule zu vermitteln.

Autor: Erich Wittenberg

22. November 2016

Kontakt

Verbraucherzentrale Bundesverband
Stabsstelle Kommunikation
Markgrafenstraße 66
10969 Berlin
online@vzbv.de